



Pressemitteilung der Gewerkschaft der Polizei vom 02.01.2006

***GdP fordert zusätzliche Ausbildungsstellen für die Polizei!
Stellenabbau muss rückgängig gemacht werden.***

In seiner Neujahrsansprache hat Ministerpräsident Oettinger viele kluge Sätze gesprochen und dabei auch den Generationenvertrag erwähnt. Der Generationenvertrag ist – wie Herr Oettinger richtig feststellt - in Gefahr, wenn wir ihn nicht erneuern. Erneuern können wir ihn nach seiner Meinung aber nur, wenn wir die Grundlagen des Vertrags einhalten - oder auch zurückgewinnen. Die erste Schlussfolgerung aus dieser Erkenntnis ist aber, dass wir dann alles tun müssen, um Arbeitsplätze zu schaffen – insbesondere Arbeitsplätze für Jugendliche. Diese Gedanken unseres Ministerpräsidenten muss man aber zu Ende denken. Nur dann wird Baden-Württemberg ein Land bleiben, in dem die Menschen gerne leben.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP), Landesbezirk Baden-Württemberg, fordert deshalb die Landesregierung auf, mit gutem Beispiel voranzugehen und für mehr Ausbildungsplätze in der Landesverwaltung zu sorgen. „Wer in Kenntnis der Arbeitsmarktlage, der Altersstruktur der Polizei und in Kenntnis der Sicherheitslage bei der Polizei die Ausbildungsstellen nicht dem tatsächlichen Bedarf anpasst, der betreibt keine seriöse Politik“, erklärte der GdP-Landesvorsitzende, Josef Schneider, heute in Stuttgart.

„Wer junge Menschen nach wie vor zu Einstellungsprüfungen einlädt und ggf. auch mit weiteren finanziellen Belastungen (z.B. ärztliche Gutachten) beschwert, obwohl er genau weiß, dass er alle Ausbildungsplätze für das Jahr 2006 bereits besetzt hat, der spielt mit deren Gefühlen. Das ist nicht weiter zu verantworten“, so Schneider.

Noch eine Passage in der Neujahrsansprache von Herrn Oettinger wird nicht zu Ende gedacht. Der Hinweis, dass die Einwohnerzahl in unserem Land pro Jahr um 30.000 wächst ist doch ein deutliches Anzeichen dafür, dass der beschlossene Stellenabbau bei der Polizei sofort gestoppt werden muss. Wenn man diese Zahl ab 1993 hoch rechnet, dann ergibt sich daraus ein zusätzlicher Stellenbedarf von mindestens 1.000 Stellen. Die Stellenzahl der Polizei in Baden-Württemberg wurde letztmals 1992 erhöht. „Dann kann man ruhig den „Gewinn“ aus der Verlängerung der Arbeitszeit (612 Stellen) gegen rechnen und muss erkennen, dass es zusätzlichen Bedarf bei der Polizei gibt. Dies erklärt auch, warum immer mehr Innenpolitiker nach dem Einsatz der Bundeswehr im Innern rufen“, meint der GdP-Landesvorsitzende.

„Wer angesichts der bekannten Fakten bei der Polizei Stellen abbaut und angesichts einer optimalen Bewerberlage bei einem anerkannten Bedarf von mindestens 650 bis 750 Ausbildungsplätzen pro Jahr lediglich 200 jungen Menschen im Land im Jahr die Chance auf einen Ausbildungsplatz gibt, der gefährdet die Innere Sicherheit und die

Zukunft junger Menschen im Land“, so der GdP-Landesvorsitzende. „Wer von allen anderen mehr Ausbildungsplätze fordert, der hat auch als Arbeitgeber diesen Ansprüchen zu genügen!“

Herausgeber:
Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Baden-Württemberg
Maybachstr. 2
71735 Eberdingen-Hochdorf

Rufnummer für Rückfragen:
Josef Schneider, Landesvorsitzender, mobil 0171/4669911